Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

294 (17.12.1935) Zweites Blatt

Visual Library

Nr. 294
Zweites Blatt

Durlacher Tageblatt

Dienstag
17. Dezember 1935

Der Negus lehnt ab

DNB. **London,** 16. Dez. Der Kaiser von Abessinien empfing am Montag in seinem Hauptquartier in Dessie den Vertreter der englischen Nachrichtenagentur Reuter und gab ihm folgende wichtige Erklärung ab:

„Wir wünschen in aller Feierlichkeit und Festigkeit, die sich aus der Lage ergibt, zu erklären, daß unsere Bereitwilligkeit, eine friedliche Lösung des Streites zu erleichtern, unverändert ist. Aber selbst eine grundsätzliche Annahme der französisch-britischen Vorschläge durch uns würde nicht nur eine Art von Feigheit gegenüber unserem eigenen Volke, sondern auch ein Verrat am Völkerbund und an allen Staaten sein, die der Ansicht waren, daß sie von jetzt an zum System der kollektiven Sicherheit Vertrauen haben können. Diese Vorschläge sind in den Augen der Abessinier eine Verneinung und ein Abgehen von den Grundsätzen, auf denen der Völkerbund aufgebaut ist. Ihre Annahme würde die Abtrennung abessinischen Gebiets und ein Auslöschen der Unabhängigkeit Abessiniens zugunsten eines Staates bedeuten, der Abessinien angegriffen hat. Die Vorschläge bedeuten für Abessinien ein Verbot, an der wirtschaftlichen Entwicklung eines Drittels seines Landes frei und erfolgreich teilzunehmen. Sie vertrauen die Entwicklung seinem Feinde an, der praktisch zum zweiten Male versuche, Abessinien zu erobern. Eine Regelung auf der Grundlage des Vorschlages würde eine Belohnung für die angreifende Macht und für die Verletzung internationaler Verpflichtungen bedeuten. Die lebenswichtigen Belange Abessiniens werden in Frage gestellt. Diese Tatsache geht für uns jeder anderen Ueberlegung vor."

*

Pariser Kundgebungen um den Friedensplan

Paris, 16. Dez. Am Sonntag haben in Paris eine Anzahl Verbände ihre Stellung zu den Lösungsversuchen einer Beendigung im italienisch-abessinischen Konflikt und zum Völkerbund als Hüter des Friedens dargelegt. Auf einer Kundgebung zugunsten der französisch-englischen Zusammenarbeit in Paris sprach Lord Robert Cecil seine Ueberzeugung aus, daß jedes europäische Volk den Frieden wünsche. Man müsse ihn mit Gewinn auf die Dauer verankern können unter zwei Bedingungen, daß Frankreich und England zusammenarbeiteten und daß die Regeln des Völkerbundes genau eingehalten würden. Vor allem müsse man der Neigung für Bündnisse, die Europa trennten, und für ein Wettrüsten widerstehen, damit man nicht zu dem Zustand, wie er vor 1914 bestanden habe, zurückkomme. Nachdem der belgische Senator Henry Rollin von der Verteidigung der Rechte des Schwächeren gesprochen hatte, nahm die Versammlung eine Entschließung an, die verlangt, daß nicht ein dem Angreifer günstiger Schulfall geschaffen werden möge.

Ferner tagte in Paris der internationale Ausschuß zur Verteidigung des abessinischen Volkes und des Friedens. Es nahmen daran französische, englische, belgische und niederländische Persönlichkeiten teil. Der Ausschuß kam zu der Schlußfolgerung, daß der Vorschlag Laval-Hoare zur Beilegung des italienisch-abessinischen Streites eine Belohnung für den Angreifer sei und dem Geist der Völkerbundssatzungen zuwiderlaufen würde. Die Vereinigung der Frontkämpfer in Toulon hat in einer Entschließung für den Fall eines Mißerfolges der englisch-französischen Vermittlungs- und Friedensbemühungen die Pariser Regierung aufgefordert, sich keiner Erweiterung der Sühnemaßnahmen gegen Italien anzuschließen, denn die Italiener seien durch den Versailler Vertrag benachteiligt worden.

*

Hoare in London eingetroffen

Die bevorstehende Unterhausaussprache Mittelpunkt der Erörterungen.

DNB. **London,** 16. Dez. Außenminister Hoare traf Montag nachmittag aus Zürich im Flugzeug in London ein. Er berichtete noch am Abend den anderen Ministern ausführlich über die Pariser Friedensvorschläge. Hoare, der auf der Nase ein Pflaster trug, machte bei seiner Ankunft trotz seines Unfalls beim Eislauf einen gesunden Eindruck.

In unterrichteten Kreisen verstärkt sich die Meinung, daß die britische Regierung in der Unterhausaussprache am Donnerstag ihre Rolle bei der Vorbereitung der Pariser Friedensvorschläge mit Nachdruck verteidigen wird. Viele Abgeordnete hoffen, daß der Ministerpräsident die Erläuterungen geben werde, die er in der vorigen Woche abgelehnt hat mit der Begründung, daß „seine Lippen noch nicht entsiegelt" seien.

In den Wandelgängen des Unterhauses glaubt man jedoch, daß es auch jetzt noch gewisse Fragen gibt, die zu enthüllen der Ministerpräsident nicht für ratsam hält. Baldwin dürfte sich am Donnerstag in seiner Rede vermutlich mehr mit den Kritikern in den Reihen seiner eigenen Partei auseinandersetzen als mit den Angriffen der Opposition. Vielfach nimmt man, daß der Ministerpräsident wie seinerzeit bei der Aussprache über die Indien-Vorlage auch diesmal die Vertrauensfrage stellen wird.

Die Londoner Abendpresse steht völlig im Zeichen der bevorstehenden außenpolitischen Auseinandersetzungen. Der „Evening Standart" fordert seine Leser auf, Hoare Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; denn es sei bekannt, daß er mit bestimmten Anweisungen nach Paris gegangen sei. Außerdem hätten die Friedensvorschläge dem Kabinett vorgelegen, bevor Hoare sie amtlich gebilligt habe. Auf der Kabinettssitzung am Montag vor einer Woche seien die Vorschläge einmütig angenommen worden. Es sei daher unsinnig, jetzt nach einem Sündenbock suchen zu wollen. Hoare sei für den Plan nicht mehr und nicht weniger verantwortlich, als irgend ein anderer Minister einschließlich Eden. Ebenso sei es auch unsinnig, von einem Rücktritt des Außenministers reden zu wollen. Es komme entweder ein Gesamtrücktritt oder überhaupt kein Rücktritt.

Brigadegeneral Spears wird am Mittwoch an den Ministerpräsidenten im Unterhaus die Frage richten, ob es richtig sei, daß dem Kaiser von Abessinien, falls er sich zu Verhandlungen auf der Grundlage der Pariser Vorschläge bereit erkläre, mitgeteilt, werden würde, daß Abessinien nicht die Erlaubnis für den Bau einer Eisenbahn nach dem Hafen von Assab erhalten würde. Der Fragesteller will ferner wissen, ob die britische Regierung diese Absicht gekannt habe, als sie dem Kaiser die Friedensvorschläge empfahl.

*

Aussprache über die Friedensvorschläge im Unterhaus

DNB. **London,** 16. Dez. Die Pariser Friedensvorschläge spielten schon am Montag bei einer Aussprache im Unterhaus eine Rolle. Obgleich die eigentliche große Aussprache erst am kommenden Donnerstag stattfindet, entwickelte sich eine Art Vorgefecht in Gestalt kleiner Anfragen. Bei dieser Gelegenheit rief der Arbeiterabg. Dalton, zu dem stellvertr. Außenminister Eden gewandt: „Uebernimmt die Regierung immer noch die Verantwortung für diese schändlichen Vorschläge?" Viele Abgeordnete äußerten lauten Beifall, während andere gegen die Aeußerung Daltons protestierten. Eden blieb unbeweglich auf der Regierungsbank sitzen.

Auf die weitere Frage Daltons, ob die Regierung jetzt beabsichtige, ihre vertraglichen Verpflichtungen, die durch Artikel 16 der Völkerbundssatzung bestimmt sind, zu erfüllen und demgemäß die Oelausfuhren nach Italien zu verbieten, antwortete Eden ausweichen: „Die Anwendung von Sühnemaßnahmen durch den Völkerbund richtet sich nicht nur nach Artikel 16, sondern auch nach den von der Völkerbundsversammlung im Jahre 1921 angenommenen Entschließungen".

Das Labour-Mitglied Thurtle fragte, ob die Regierung immer noch an ihrer Erklärung vom 23. Oktober festhalte, daß jede Regelung des italienisch-abessinischen Konflikts mit der Völkerbundssatzung in Einklang stehen müsse. Eden erwiderte: „Jawohl!"

*

Rücktritt Edens?

London, 16. Dez. Der politische Mitarbeiter der „Daily Mail" behauptet, daß der Rücktritt Edens unmittelbar bevorstehe, und daß auch mit weiteren Rücktrittserklärungen zu rechnen sei. Dem Mitarbeiter zufolge zerfalle das Kabinett in folgende zwei Gruppen:

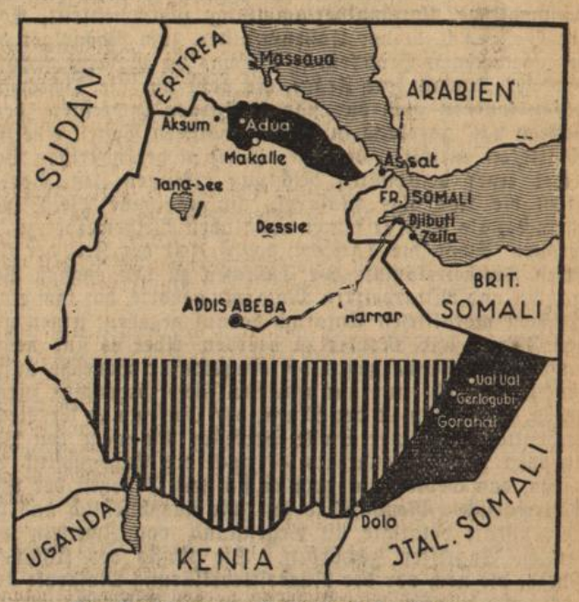
1. Gegner einer scharfen Sühnepolitik: Ministerpräsident Baldwin, Schatzkanzler Chamberlain, Lordkanzler Lord Hailsham, Marineminister Lord Monsell, Präsident des Handelsamtes Runciman und Außenminister Sir Samuel Hoare.

2. Gegner des Pariser Friedensplanes: Völkerbundsminister Eden, Landwirtschaftsminister Elliot, Unterrichtsminister Oliver Stanley, Kriegsminister Duff Cooper und Minister für öffentliche Arbeiten Ormsby Gore.

Anstelle der für Montag angekündigten Kabinettssitzung fand eine Ministerbesprechung statt, an der sich in der Hauptsache diejenigen Kabinettsmitglieder beteiligten, deren Arbeitsgebiete mittelbar oder unmittelbar von dem italienisch-abessinischen Konflikt berührt werden. Außer Baldwin waren u. a. der Minister für Völkerbundsangelegenheiten Eden, der Erste Lord der Admiralität, der Kriegsminister und der Wirtschaftsminister anwesend.

Eine Vollsitzung des britischen Kabinetts ist vorläufig für Dienstag früh in Aussicht genommen, d. h. unmittelbar vor der Abreise Edens nach Genf zur Teilnahme an der Sitzung des Völkerbundsrates, der bekanntlich über das Schicksal der Friedensvorschläge entscheiden soll.

*



Der Vorschlag zur Aufteilung Abessiniens.

So sieht der Friedensvorschlag aus, der zwischen England und Frankreich in Paris vereinbart wurde. Demnach würde Abessinien im Norden einen Gebietsstreifen an Italien abtreten, jedoch Aksum behalten. Ebenso würde im Süden ein Stück von Ogaden an Italien fallen (jeweils schwarz eingezeichnet). Außerdem würde ein großes Siedlungsgebiet geschaffen werden (schraffiert), in dem Italien gewisse wirtschaftliche Vorteile genösse. Als Gegenleistung soll dann Abessinien einen Zugang zum Meere mit dem bisher italienischen Hafen Assab erhalten. Bei der gegenwärtigen verwickelten internationalen Lage muß allerdings abgewartet werden, ob überhaupt und wieweit dieser Plan Gestaltung annehmen wird. (Graphische Werkstätten, M.)

Die Botschafter Italiens und Englands bei Laval

DNB. **Paris,** 16. Dez. Ministerpräsident und Außenminister Laval hat am Montag nachmittag den italienischen Botschafter und den englischen Botschafter in Paris empfangen. Ueber den Inhalt der Besprechungen wurde keine Mitteilung ausgegeben.

*

Der italienische Botschafter bei Vansittart

DNB. **London,** 16. Dez. Der italienische Botschafter in London, Grandi, hatte am Montag nachmittag eine halbstündige Aussprache mit dem Ständigen Unterstaatssekretär Vansittart, in deren Verlauf er um Aufklärung über gewisse Punkte der Friedensvorschläge bat.

*

Erklärung Edens zur ägyptischen Lage

DNB. **London,** 16. Dez. Auf eine Anfrage im Unterhaus teilte Völkerbundsminister Eden mit, die britische Regierung sei immer noch der Ansicht, daß die Wiederherstellung der ägyptischen Verfassung von 1923 nicht im besten Interessen des ägyptischen Volkes sei. Der britische Oberkommissar in Kairo habe jedoch der ägyptischen Regierung im Auftrag Londons mitgeteilt, daß der „Ratschlag" der englischen Regierung nicht einem Veto gleichkomme.

Mißbrauch des Völkerbundes durch die Großmächte

Warschau, 16. Dez. Der der Regierung nahestehende „Expreß Poranny" schreibt, die Art, in der die Großmächte den italienisch-abessinischen Streit erledigen wollten, müsse in Polen erhebliche Bedenken hervorrufen. Im Namen der Grundsätze des Völkerbundes hätten sich 50 Staaten, von denen viele in guten Beziehungen mit Italien ständen, trotz wirtschaftlicher Schädigungen zur Anwendung der Sühnemaßnahmen entschlossen. Im Augenblick, wo das Sanktionssystem in Gang gebracht worden sei, sei man nunmehr Zeuge von Verhandlungen, die im Widerspruch zu dem Genfer Geist ständen. Unter diesen Umständen könne man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß gewisse Großmächte Genf als Werkzeug benutzt hätten, um ihre eigenen Ziele leichter zu erreichen. Der italienisch-abessinische Streit müsse, nachdem man sich in Genf auf Artikel 15 berufen habe, bis zum Ende in Genf erledigt werden. Eine Art Diktatur einer oder mehrerer Großmächte, die vom italienisch-abessinischen Streit Vorteile haben könnten, während 50 andere Staaten nur Schaden hätten, müsse auf entschiedenen Widerspruch stoßen.

Präsidentschaftskampf um Benesch

Die umstrittene Außenpolitik des Bewerbers um die Nachfolge Masaryks

Wird am Mittwoch, den 18. Dezember, wenn die tschechoslowakische Nationalversammlung zusammentritt, Eduard Benesch, bisher Außenminister, zum Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Thomas G. Masaryk gewählt werden? Das ist eine Frage, die nicht nur die Tschechoslowakei, sondern auch das übrige Europa interessiert, denn Benesch hat jahrelang in der europäischen Politik eine Geschäftigkeit entfaltet, die ihn als einen der schärfsten Vertreter einer bestimmten Richtung erkennen ließ. Benesch strebt die Nachfolge Masaryks an, und eine Weile lang schien es, als habe er keinen ernstlichen Mitbewerber zu befürchten. Schon die Tatsache, daß er seit der Zeit der illegalen Freiheitskämpfe der Tschechen zu den engsten Vertrauten und Mitarbeitern Masaryks gehörte, hat ihm einen gewissen moralischen Anspruch darauf gegeben, seinen großen Führer und Meister zu beerben. Aber es sind neuerdings Widerstände gegen die Kandidatur Beneschs aufgetaucht, die nicht nur auf innerpolitische Gegensätze zurückgehen — Benesch ist der Mann der Linken und die Rechte präsentiert an seiner Stelle Professor Nemetz, den Vorsitzenden des Nationalrats — auch die Außenpolitik Beneschs, das Gebiet, auf dem er sich seit Bestehen der tschechoslowakischen Republik so gut wie ausschließlich und mit Leidenschaft betätigte, ist Gegenstand von Zweifeln und ernsten Angriffen geworden. Die Krisis des Kabinetts Hodza, die noch vor der Rücktrittserklärung Masaryks ausbrach und beinahe eine Neubildung des Kabinetts noch vor der Präsidentenwahl notwendig gemacht hätte, ist zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß Hodza die von Benesch betriebene und vollzogene Annäherung an Moskau für falsch hält.

Der Nimbus, von dem Benesch heute noch zehrt, stammt aus den Tagen, als er gemeinsam mit Masaryk gegen die Habsburger Monarchie konspirierte. Ein Zufall hatte die beiden in den Septembertagen des Jahres 1914 zusammengeführt. Das, was sie verband war die gleiche glühende Liebe zur tschechischen Nation und der nicht weniger glühende Haß gegen die Habsburger Dynastie und das System der von Wien aus regierten Doppelmonarchie, in dem sie alle Hoffnungen und berechtigten Ansprüche ihres Volkes erstickt sahen. Masaryk, hochangesehener Wissenschaftler und Professor der Prager Universität, suchte in seinem Bemühen, die Erweckung des Tschechentums zu organisieren, nach regen Menschen, die ihm dabei behilflich sein konnten. Er fand in Benesch einen seiner geschicktesten und hingebungsvollsten Anhänger

Die Zeit der Ernte für das Tschechentum und für diejenigen, die ihm staatliche Befreiung verschaffen wollten, kam im Weltkriege. Masaryk, dessen politische Tendenz und Tätigkeit in Wien ja hinlänglich bekannt war, zog es bald nach Kriegsausbruch vor, ins Ausland zu gehen, nicht nur, um sich in Sicherheit zu bringen, sondern um auch bei den Gegnern der Mittelmächte für die Durchsetzung der tschechischen Ansprüche zu werben. Benesch blieb zunächst in Prag zurück. Er organisierte ein Spionage- und Verrats-System. Ein tschechischer Diener des österreichisch-ungarischen Innenministers lieferte ihm heimlich Abschriften der geheimsten amtlichen Schriftstücke. Aber etwa nach Jahresfrist fand es auch Benesch für geraten, den Sitz seiner Tätigkeit nach Paris zu verlegen. Von dort aus organisierte er den Zusammenschluß der im Auslande lebenden Tschechen. Er hatte hervorragenden Anteil an der tschechischen Legion, die sich hauptsächlich aus Kriegsgefangenen und Ueberläufern des österreichischen Heeres zusammensetzte. Vor allem entfaltete er eine ausgedehnte journalistische Tätigkeit, er versorgte die Zeitungen in den Ententestaaten mit Nachrichten, Notizen und Artikeln, die einerseits die Unmöglichkeit dartun sollten, die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie weiter bestehen zu lassen, und die andererseits immer wieder das heilige Recht der Tschechen auf eigene staatliche Existenz zu begründen versuchten. Es war ein schwerer Schlag für seine Propagandatätigkeit, als Kaiser Karl nach dem Tode Franz Josephs eine betont tschechenfreundliche Politik einschlug. Von den Denkschriften, die der Friedenskonferenz der Alliierten in Paris vorlagen und die das Tschechenproblem behandelten, hatten viele Benesch zum Verfasser.

Es war selbstverständlich, daß nach der Errichtung der tschechoslowakischen Republik Benesch zu den Männern gehörte, die den neuen Staat führten. In seiner Außenpolitik hat sich die Grundrichtung, von der sein politisches Denken von Anfang an beherrscht war, nie verleugnet: er war der Todfeind des Habsburger Reiches. Seine Wiederauferstehung in irgendeiner Form ist ihm immer als Bedrohung dessen erschienen, was er und seine Freunde schließlich für sein Volk erreicht hatten. Es gibt mehr als eine in hochamtlicher Form getane Aeußerung Beneschs, in der er die Restauration der Habsburger als Kriegsfall bezeichnet. Die Sicherung der in den Pariser Friedensverträgen für die Tschechen erlangten Beute war ihm der übergeordnete Leitgedanke seiner ganzen Außenpolitik. Das führte ihn von vornherein an die Seite Frankreichs, das ja das gleiche Bestreben hatte, die im Jahre 1919 geschaffene „Ordnung" Europas als heiliges ewiges Gesetz sicherzustellen. Den besonderen Aufgaben dieser statischen Politik im Donauraum, dem Gebiet, in dem sich vor allem eine Gefahrenherd für die Tschechoslowakei hätte herausbilden können, suchte Benesch durch die Bildung der Kleinen Entente, zu deren eifrigsten Vertretern und Wortführern er gehört, Rechnung zu tragen.

Es scheint, daß ihn neuerdings, die Sorge davor, daß eines Tages die auch von einsichtigen Staatsmännern der Westmächte als unvermeidlich und klug erkannte Dynamisierung der europäischen Politik Wirklichkeit werden könnte, blind gemacht hat gegen die Gefahr einer Revolutionierung des Erdteils durch Moskau. Nur so ist es zu erklären, daß er sich und sein Land durch den mit den Machthabern im Kreml abgeschlossenen Beistandspakt der Sowjetunion in die Arme warf. Dieser Schritt hat ihm aber auch die erste grundsätzliche Kritik an seiner Außenpolitik im eigenen Lande eingetragen und wird ihn möglicherweise den Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen kosten.

Das Deutschtum in der Tschechoslowakei, das um die Anerkennung seiner kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche ringt, kann ihn schwerlich als seinen Freund betrachten. Benesch selbst hat in seinen Lebenserinnerungen geschrieben, er habe sich erst mühsam zur Objektivität gegenüber dem Deutschtum durchringen müssen. Es gibt in diesem Buche viele Stellen, die als Belege dafür gelten können, daß ihm das noch nicht einmal gelungen ist.

Die Frage der Anwartschaft für das Präsidentenamt in der Tschechoslowakei

Die Haltung der Sudetendeutschen Partei.

DNB. **Prag**, 16. Dez. Die Frage der Anwartschaft für das Amt des Staatspräsidenten stand auch am Montag abend im Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit. Die Verhandlungen unter den Parteien und innerhalb der Parteien dauern an. Sollte eine Einigung nicht erzielt werden, so werden sich bei der Wahl zwei Anwärter gegenüberstehen, und zwar Außenminister Dr. Benesch als Anwärter der Linksparteien und der katholischen Parteien und Prof. Dr. Nemec als Anwärter der tschechischen Agrarier und der Rechtsparteien. Bei dem bisherigen Stand der Dinge hat keiner der beiden Anwärter die unbedingte Mehrheit in der Nationalversammlung, die sich bekanntlich aus Abgeordnetenhaus und Senat zusammensetzt.

Die Sudetendeutsche Partei hat ihre Beschlüsse bereits gefaßt; sie hält sie jedoch bis zum Tage der Wahl geheim. Einigen Aufschluß über die Haltung dieser Partei gibt eine Rede des Abg. Köhler in Brüx. Er erklärte, seine Partei bedauere den Rücktritt Masaryks, zu dem die Deutschen in aufrichtiger Liebe aufgeblickt hätten. Man habe sich auf einen Nachfolger geeinigt, der das Präsidentenamt ähnlich wie Masaryk verwalten werde. Größte Aussicht bestehe, daß Außenminister Dr. Benesch Präsident werde. Die Sudetendeutschen Partei wünsche, daß mit dem neuen Präsidenten die mitd em verstorbenen Ministerpräsidenten Syehla zu Grabe getragene Idee von den „Gleichen unter Gleichen" wieder auferstehe. Masaryks Wunsch, der in seiner Abdankungsbotschaft enthalten sei, bei der Nachfolge Rücksicht auf die Belange aller Völker der Republik zu nehmen, sei als Leitstern für den neuen Präsidenten aufzufassen. Die Sudetendeutsche Partei sei bei einer Neubildung des Kabinetts zu einer Mitarbeit bereit, wenn die Marxisten von der Teilnahme ausgeschaltet würden.

Die Haltung der Sudetendeutschen Partei bei der Präsidentenwahl.

DNB. **Prag**, 17. Dez. Die Beratungen über die Haltung der Sudetendeutschen Partei bei der Präsidentenwahl sollen, wie parteiamtlich verlautet, am Dienstag abend in einer gemeinsamen Sitzung aller Parlamentarier mit der Hauptleitung abgeschlossen werden. Aufgrund dieser amtlichen Feststellung sind, wie privat hinzugefügt wird, alle Meldungen über eine bereits erfolgte Festlegung der Sudetendeutschen Partei in der Präsidentenwahlfrage verfrüht.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ueberfall auf einen Hitlerjungen. Das Gaupresseamt Hessen-Nassau teilt mit: Der Führer der HJ. in Lorch a. R., Friedrich Bergles, wollte am Samstag mit dem Abendzug nach Rüdesheim zum HJ.-Dienst fahren. Auf dem Wege zum Bahnhof wurde er plötzlich auf der Rheinuferstraße in Lorch von einigen Personen überfallen und, ohne daß irgend ein Streit vorausgegangen war, durch einen drei Zentimeter tiefen Stich in die Herzgegend schwer verletzt. Die Polizei nahm zwei Verhaftungen vor, die jedoch noch keine Klärung der Angelegenheit brachten.

Kraftwagenunglück bei Göttingen. Auf einer Landstraße zwischen Edesheim und Nordheim ereignete sich ein Kraftwagenunglück. Ein Motorzug versuchte einen abschüssigen Feldweg hinunterzufahren. Hierbei kam das Fahrzeug ins Schleudern Der Kraftwagen und die zwei Anhänger überschlugen sich und stürzten die Böschung hinunter. Die beiden Kraftwagenführer gerieten unter die Räder. Sie waren sofort tot. Dem Bremser des zweiten Anhängers wurden beide Beine abgequetscht.

Kleine Höllenmaschinen. Die drei „Richter der Hölle" treten zum großen Mißvergnügen der Pariser Postbeamten wieder in Erscheinung. Am Freitag haben sich nun wieder in drei Poststellen Explosionen von „Mustern ohne Wert" ereignet. Die Untersuchung ergab, daß es sich in allen Fällen um kleine Höllenmaschinen der gleichen Art wie im vergangenen Jahre handelt. Sie sind so eingerichtet, daß sie beim Oeffnen der Päckchen explodieren. Am Freitag gingen sie jedoch sämtlich vorzeitig in Knall und Flammen auf, als die Postbeamten sie abstempelten.

Gesandter Dr. Eisenlohr Gesandter in Prag. Der Führer und Reichskanzler hat den Gesandten in Athen, Dr. Eisenlohr, zum Gesandten in Prag ernannt.

Berliner Vertreter der „Politiken" ausgewiesen. Der bisherige Berliner Vertreter der Kopenhagener Zeitung „Politiken", der dänische Jude Thorwald Steinthal, ist aus dem Reichsgebiet kurzfristig ausgewiesen worden. Steinthal hat durch fortgesetzte unwahre und gehässige Berichterstattung an seine Zeitung die Interessen des deutschen Reiches wiederholt schwer geschädigt und die Pflichten des Gastrechtes, das ihm in Deutschland seit Jahren gewährt wurde, aufs Gröbste verletzt.

Möwen helfen dem Forscher.

In jedem Jahr kommen in großer Anzahl Lachmöwen in die Reichshauptstadt, seit sie wissen, daß sie von den Berlinern reichlich gefüttert werden. Jetzt wurden mehrere von ihnen gefangen und am Bein mit einem bunten Tupfen versehen, wie man auf unserem Bilde sieht. Sie werden dann nach Zürich transportiert, und der Forscher wird feststellen können, ob sie ihren Weg nach Berlin zurückfinden. Auf diese Weise soll wieder ein Beitrag zu der noch in vielem unklaren Frage des Vogelfluges geliefert werden. (Atlantis, M.)

Der zweite Träger des Dietrich-Eckart-Preises.

Der Dichter Edwin Erich Dwinger, dem zusammen mit Thomas Westerich der diesjährige Dietrich-Eckart-Preis der Stadt Hamburg zuerkannt wurde. (Weltbild, M.)

Die Montagsitzung der Flottenkonferenz

DNB. **London**, 16. Dez. Auf der Montagsitzung der Flottenkonferenz wurde beschlossen, die japanische Forderung vorläufig nicht zu behandeln und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den britischen Vorschlag auf vorherige Bekanntgabe der Kriegsschifftonage für die nächsten sechs Jahre zu setzen.

Festsitzung der Badischen Historischen Kommission

Karlsruhe, 16. Dez. Die Badische Historische Kommission ist in ihrer neuen Zusammensetzung am Samstag zum erstenmal zusammengetreten. Es gehören ihr 20 ordentliche Mitglieder an. Die Kommission hätte schon im Frühjahr 1933 ihr 50jähriges Bestehen feiern können. Man hat aber im Hinblick auf den Umbruch das Jubiläum bis zur Neubildung verschoben. Aus diesem doppelten Anlaß fand im Kleinen Sitzungssaal des früheren Landtages eine Festsitzung statt, der auch Reichsstatthalter Robert Wagner und die Minister Dr. Wacker und Dr. Schmitthener beiwohnten.

Der Vorsitzende, Universitätsprofessor Dr. Meier-Freiburg, sprach herzliche Begrüßungsworte. Die badische Regierung beweise durch ihre Anwesenheit und die Bewilligung eines namhaften Betrages, daß sie auch weiterhin gewillt ist, die Geschichte des Landes zu betreiben. In besonderer Weise würdigte der Vorsitzende das Wirken des gleichfalls anwesenden Geheimrats Dr. Heinrich Finke. Er beglückwünschte den hervorragenden Gelehrten zur Verleihung des Adlerschildes des Deutschen Reiches durch den Führer und Reichskanzler anläßlich seines 80. Geburtstages. Der Redner wies darauf hin, daß sich der Aufgabenkreis der Kommission gegenüber früher bedeutend erweitert hat durch die Einbeziehung der Nachbardisziplinen wie Heimatkunde, Geographie usw Wir wollen im Rahmen der gesamtdeutschen Geschichte die Geschichte im Südwesten des Reiches betreiben. Es gibt keinen Gegensatz mehr zwischen Reichs- und Landesgeschichte, da es sich um eine unbedingte Einheit handelt.

Dann ergriff der Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Wacker, das Wort. Als älteste wissenschaftliche Vereinigung Deutschlands, deren eigentlicher Gründer Großherzog Friedrich I. sei, habe die Badische Historische Kommission schon bisher eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Allen Mitarbeitern in den vergangenen 50 Jahren danke die Regierung für die wertvolle Arbeit durch die Kommission, einer Arbeit, die für sich selber sprach. Der Minister versicherte die Kommission auch weiterhin der tatkräftigen Förderung. Der Minister umriß in seinen folgenden Darlegungen die Aufgaben und Pflichten der Kommission, deren Forschungsarbeiten sich auf die Landschaft am Oberrhein beziehen. Die Tätigkeit der Kommission werde immer auf den Reichsgedanken ausgerichtet sein. Gerade in dem kampferprobten Gebiete des Oberrheins habe der Reichsgedanke seit Jahrhunderten seine Heimat gehabt. Hier zeige sich aber auch die Tragik der Geschichte eines schwachen Reiches. Wir werden dem Geiste unseres Führers nicht besser folgen können, als wenn wir in unserer Arbeit stets das Reich suchen, am Reich schaffen und bauen und damit dem Reiche dienen, sei es als Wissenschaftler, sei es als Politiker. Indem wir die Zukunft gestalten, soll immer das Reich vor unseren Augen stehen.

Es folgte ein Tätigkeitsbericht, erstattet vom Direktor des Generallandesarchivs, Dr. Baier. Daraus ergab sich ein packendes Bild von der Vielseitigkeit und dem unschätzbaren Wert der für die deutsche Geschichtsforschung am Oberrhein bereits geleisteten und in der Zukunft noch zu bewältigenden Arbeit. Der Vorsitzende, Professor Dr. Meier, gab im Schlußwort die Versicherung ab, daß man in der Kommission alle Kräfte daransetzen werde, um das Werk, das als Tradition übernommen wurde, in der Zukunft weiterzuführen, zum Nutzen für das Land im Südwesten und das ganze deutsche Volk.

Einsatz der Jugend für das Winterhilfswerk

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, der Reichs- und preußische Minister für Wissenschaft und Erziehung und der Reichsjugendführer haben gemeinsam einen Erlaß herausgegeben, der den Einsatz der Hitlerjugend für das deutsche Winterhilfswerk regelt. Er zeigt, daß diese opferbereite Tat der Hitlerjugend in engster Gemeinschaft mit den örtlichen Dienststellen des Winterhilfswerks durchgeführt wird.

Am Mittwoch wird die Hitlerjugend mit ihren Untergliederungen in der „Stunde der Nation" zum erstenmal an dieses Werk herangehen. In symbolischem Akt werden der Jugend die Sammelbüchsen übergeben. Am Donnerstag und Freitag werden am Nachmittag die Hitlerjugend und ihre sämtlichen Untergliederungen auf den Straßen die Büchsensammlung durchführen. Das hübsche Reiterlein kommt dann als Abzeichen in vielen tausend Exemplaren zum Verkauf. Am Samstag stellen sich die deutschen Schulen im Rahmen des Staatsjugendtages unter dem Motto: „Schüler und Lehrer kämpfen gemeinsam für das Winterhilfswerk" in den Opferdienst des deutschen Volkes. Eine Feierstunde in den Schulen läßt den Tag würdig beginnen. Am Sonntag will die Jugend durch musikalische Darbietungen, Liedersingen, Volkstänze und Sprechchöre, wenn möglich durch Platzkonzerte, zum Opfern aufmuntern. Der Generaleinsatz am Montag wird in einer Feierstunde, an der Eltern, Lehrer, Amtswalter der NSV. und politische Leiter teilnehmen, seinen Abschluß finden. Die Jugend wird in diesen Tagen ein Beispiel geben für Einsatzbereitschaft und Opfersinn

Wenn auch Jungen und Mädel unter 12 Jahren an der Sammlung nicht aktiv beteiligt sein werden, so wird doch durch die jugendliche Begeisterung in jedes deutsche Haus ein Echo des großen Winterhilfswerkes dringen. Die weihnachtlichen Spenden, gesammelt von den Händen der deutschen Jugend werden den notleidenden Volksgenossen die schönste Weihnachtsfreude sein.

Turnen · Spiel · Sport

Tischtennis-Vereinsmeisterschaft.

Der Durlacher Tischtennis-Club hatte vergangenen Samstag den Karlsruher MTV. zu einem Turnier verpflichtet. Da die Karlsruher nicht antraten, benutzten die Grün-Weißen die Gelegenheit, um ihre Vereinsmeisterschaft auszutragen. Unter dem Motto: „Auf, auf zur Förderung des Tischtennissportes eröffnete der Oberschiedsrichter W. Braun-Durlach den Kampf. Unter seiner Leitung kamen wirklich hervorragende Spiele zum Austrag, die den Anwesenden zeigten, daß der Durlacher Tischtennis-Club verdient aufgrund seiner immer mehr steigenden Leistungen auf dem Gebiete der Technik und Taktik im Januar nächsten Jahres, bei den Gaumeisterschaften mitzuwirken. Armbrust, Krebs, Braun G., Speck, Neininger, Jahn, Lang zeigten wahre Prachtleistungen. Das schönste Spiel im Einzel dürfte wohl das zwischen dem Spitzenspieler Armbrust und Krebs gewesen sein. Im Doppel konnte das Paar Armbrust — Krebs als Sieger hervorgehen.

Anstehend die Ergebnisse der Vereinsmeisterschaft.

A-Klasse: Armbrust 10 Pkte., Krebs 8 P., G. Braun 6 P., K. Speck 4 P., Jahn 4 P., Henkenhaf 0 P.

B-Klasse: Cetto 6 P., Neininger 4 P., Lang 4 P., Bauer 0 P., Koberske 0 P.

Doppel:Paar: Armbrust — Krebs 4 Pkte., G. Braun — Speck 2 P.

*

In wenigen Zeilen...

Das olympische Fußballturnier wird eine ausgezeichnete Besetzung aufweisen. Jetzt schon liegen die Zusagen von 15 Nationen, darunter zahlreichen Ueberseemächten, vor; mit weiteren Teilnahmemeldungen ist noch zu rechnen. Die 15 Nationen sind: Aegypten, Bulgarien, Estland, Finnland, Haiti, Indien, Italien, Japan, Norwegen, Oesterreich, Peru, Polen, Schweden, Ungarn, USA.

Einen neuen Weltrekord meldet der Draht aus Sidney. Der Australier Metcalfe bewältigte im Dreisprung 15.78 Meter, womit er den Japaner Nambu um 6 Zentimeter übertraf. Metcalfe ist nicht zu verwechseln mit dem amerikanischen Negersprinter gleichen Namens.

Der Fecht-Länderkampf Polen — Deutschland endigte in Warschau mit einem Siege der Polen, die im Säbel sich mit 10:6 Punkten überlegen zeigten, während das Degenfechten 8:8 unentschieden ausging.

Im Eishockey trug am Wochenende eine deutsche Auswahlmannschaft gegen den Züricher Schlittschuhklub zwei Schulungskämpfe aus. Sowohl in Garmisch als auch in München ergaben die Spiele das unentschiedene Ergebnis von 1:1.

Eine süddeutsche Rugbyprobe führte in Heidelberg die als Gegner des französischen Alpenkomitees ausersehene Südmannschaft mit einer württembergisch-badischen Auswahl zusammen. Die Gauauswahl hielt sich vorzüglich und trotzte der Südmannschaft mit 14:14 ein Unentschieden ab, nachdem sie zur Pause noch 9:14 im Hintertreffen lag.

Der große Fliegerpreis von St. Etienne, der die ganze internationale Sonderklasse zusammenführte, wurde von dem Franzosen Michard gewonnen. Weltmeister Scherens belegte den zweiten Platz, während der deutsche Meister Richter sich mit Jezo in den dritten teilte.

Rudi Ismayr stellte beim Fest der Berliner Sportpresse im beidarmigen Drücken einen neuen Weltrekord mit 220 Pfund auf. Im beidarmigen Stoßen kam der Münchener auf 285 Pfund.

Not lehrt Skilaufen

Die ersten „fliegenden Bretter" gab es im Harz

Von Friedrich Boenicke.

Im Harzgebirge war noch vor einem halben Jahrhundert der norwegische Schneeschuh, den heutzutage fast jeder Harzer, abgesehen von ganz alten Leuten gern verwendet, völlig unbekannt. Der eigentliche Einführer dieses erprobten und trefflichen, aus Skandinavien stammenden Hilfsmittels, tief verschneite Berge und Täler schnell und sicher zu überqueren, ist der zu Braunlage, jenem vielbesuchten Höhenkurort im mittleren Oberharz, hochbetagt lebende Oberförster a. D. Ulrichs.

„Es war im schneereichen Winter von 1883 auf 1884", so erzählte jüngst der alte Forstmann, „als Stürme durch die Harzer Berge brausten, wie ich sie selten erlebte. Millionen von kerngesunden Tannen fielen krachend und rauschend in die hohen Schneelagen oder wurden unter der Last des Schnees wie Streichhölzer geknickt. Die Verluste, die die Allgemeinheit erlitt — denn die Harzwälder sind mit verschwindenden Ausnahmen staatlich — waren unermeßlich groß. — Nun galt es, auf Befehl der Behörden, die Höhe der Verluste an Tannenbeständen genauer festzustellen. Doch wie sollten wir in die tiefverschneiten Berge gelangen? Schlitten versagten, denn die Pferde versanken tief in Frau Holles Riesenbett.

Damals lebte in Braunlage ein tüchtiger und geschickter Stellmacher. Dieser baute nach meinen Angaben, die ich nordischen Vorbildern entlehnte, die ersten Skier. Sie waren etwa anderthalb Meter lang und zwölf Zentimeter breit. Die Kufen wurden eingeschnitten; denn man verstand damals noch nicht das heute übliche maschinelle Biegen der Schneeschuhe.

Der Versuch, sich auf den noch in mancher Hinsicht primitiven Hölzern fortzubewegen, gelang über Erwarten gut. Sie bewährten sich alsbald als vortreffliche Hilfsmittel.

An den Vorbildern eingeführter norwegischer Schneeschuhe erfuhr die erste Harzer „Schneeschuh-Industrie" mannigfache Verbesserungen. Man kam in Regierungskreisen auf den Gedanken, die Waldarbeiter für das neue „Beförderungsmittel" zu interessieren. Es wurde aber — getreu dem alten Volksspruch: „Was der Niedersachse nicht kennt, das nimmt er nicht!" — hartnäckiger Widerstand geleistet; und kein Arbeiter stellte sich auf die „fliegenden Bretter".

Auch an einen Sport, der heute wohl unstreitig als der herrlichste Volkssport anzusprechen ist, war noch lange nicht zu denken. Die ersten wagemutigen Freunde des wonnigen „weißen Sports", die mit ihren „Hölzern" zum Bahnhof zogen, um in den winterlich verschneiten Bergen, in gesunder Luft, Erquickung zu suchen, wurden von ihren einfältigen Mitmenschen mit Kopfschütteln betrachtet, wenn nicht gar verlacht oder angeulkt.

Heute ist das anders geworden. Jeder nachdenkende Deutsche hat erkannt, daß das Skilaufen für den Blutkreislauf und somit für den gesamten Körper und sein Wohlbefinden von hervorragender, nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Helft den deutschen Dichtern u. Komponisten
Besucht das Badische Staatstheater!

Handel und Verkehr

Amtliche Berliner Devisenkurse vom 16. Dezember

Argentinien (1 Pap.-Peso)	0,680	0,684
Belgien (100 Belga)	41,93	42,01
England (1 Pfund)	12,245	12,275
Frankreich (100 Frc.)	16,425	16,465
Holland (100 Gulden)	168,36	168,70
Italien (100 Lire)	19,98	20,02
Norwegen (100 Kr.)	61,49	61,61
Oesterreich (100 Schilling)	48,95	49,05
Schweden (100 Kr.)	63,14	63,26
Schweiz (100 Frc.)	80,64	80,80
Tschechoslowakei (100 Kr.)	10,30	10,32
V. St. von Amerika (1 Dollar)	2,486	2,490

Wirtschaft

Kennziffer der Großhandelspreise. Die Kennziffer der Großhandelspreise stellt sich für den 11. Dezember auf 103,3 (1913 gleich 100); sie ist gegenüber der Vorwoche (103,4) wenig verändert. Die Kennziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 104,9 (minus 0,1 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 93,2 (unv.), industrielle Fertigwaren 119,4 (unv.).

Nun auch Großhandelshöchstpreise für Schweinefleisch. Nachdem kürzlich bereits Großhandelshöchstpreise für Rindfleisch festgesetzt worden sind, werden nunmehr in Anordnung Nr. 38 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft auch Höchstpreise für Schweinehälften und Schweinefleisch im Großhandel festgesetzt. Die Höchstpreise werden durch Zuschläge zu den Grundpreisen für Schweine ermittelt.

Keine Abschlachtung tragender Rinder mehr. Durch eine im Verkündungsblatt des Reichsnährstandes veröffentlichte Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft wird der Verkauf von tragenden Kühen oder Färsen zu Schlachtzwecken verboten. Als tragende Tiere im Sinne dieser Anordnung gelten solche, bei denen die Trächtigkeit äußerlich feststellbar ist. Auf Notschlachtungen, deren Notwendigkeit von einem Tierarzt festgestellt ist, findet das Verbot keine Anwendung.

750 000 Tonnen Oelkuchen für die Milcherzeugung. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse hat nach Anhörung des Verwaltungsrates durch eine demnächst im Deutschen Reichsanzeiger erscheinende Anordnung die Uebernahme- und Verkaufspreise der dem Maismonopol unterliegenden Waren für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Mai 1936 im allgemeinen in der bisherigen Höhe festgesetzt. Für die Gebiete des Reiches, in denen die Landwirtschaft die Oelkuchen über sehr weite Entfernungen bezieht, und wegen der auf ihnen ruhenden hohen Frachten besonders teuer bezahlen muß, werden die Preise für Oelkuchen durch Frachtzuschläge nicht unerheblich gesenkt werden. Bei Oelkuchen ist noch insofern eine Aenderung vorgenommen worden, als die Monopolverkaufspreise nicht mehr erst aus dem Uebernahmepreis und der Monopolabgabe errechnet werden müssen, sondern gleich in der Höhe der sich dabei ergebenden Summe angegeben und bestimmt sind. Die Höhe der Oelkuchenpreise wird dadurch nicht beeinflußt. Erfreulicherweise können in Zukunft den Verbrauchern wesentlich mehr Oelkuchen als in den vergangenen Monaten zur Verfügung gestellt werden. Es werden vom Dezember ab bis zum Beginn der Grünfütterung rund 750 000 Tonnen verteilt werden, davon 250 000 Tonnen noch im Dezember. Schon bei diesen 250 000 Tonnen wird die Ermäßigung der Oelkuchenpreise für die besonders „frachtungünstig" gelegenen Beziehergebiete vorgenommen werden.

Bausparkassen nicht aufgelöst. Durch Reichsgesetz vom 13. Dezember 1935 werden die Mobiliar-Zwecksparunternehmungen aufgelöst. Dieses Gesetz trifft nicht die Bausparkassen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es diesen nunmehr aufgelösten Zwecksparkassen schon bisher verboten war, Bausparverträge abzuschließen. Es besteht also kein Grund für die Bausparer, sich beunruhigt zu fühlen.

*

Das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft

(Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935.

DNB. **Berlin,** 16. Dez. Das Reichsgesetzblatt Nummer 139 vom 16. Dezember enthält das grundlegende, 20 Paragraphen enthaltende Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. Dezember, dem wir u. a. folgende wichtige Abschnitte entnehmen:

Um die Energiewirtschaft, so heißt es in der Einleitung, als wichtige Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte der Wirtschaft und der öffentlichen Gebietskörperschaften einheitlich zu führen und im Interesse des Gemeinwohles die Energiearten wirtschaftlich einzusetzen, den notwendigen öffentlichen Einfluß in allen Angelegenheiten der Energieversorgung zu sichern, volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs zu verhindern, einen zweckmäßigen Ausgleich der Verbandswirtschaft zu fördern und durch all dies die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten, hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen.

Der Paragraph 1 besagt: Die deutsche Energiewirtschaft (Elektrizitäts- und Gasversorgung) untersteht der Aufsicht des Reiches. Die Aufsicht übt der Reichswirtschaftsminister aus, und zwar soweit Belange der Energieversorgung der Gemeinden und Gemeindeverbände berührt werden, im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern in seiner Eigenschaft als Komunalaufsichtsbehörde.

Paragraph 2 lautet: Energieanlagen im Sinne dieses Gesetzes sind Anlagen, die der Erzeguung, Fortleitung oder Abgabe von Elektrizität oder Gas dienen. Zu den Energieanlagen gehören solche Anlagen nicht, die lediglich der Uebertragung von Zeichen oder Lauten dienen. Energieversorgungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind ohne Rücksicht auf Rechtsformen und Eigentumsverhältnisse alle Unternehmen und Betriebe, die andere mit elektrischer Energie oder Gas versorgen oder Betriebe dieser Art verwalten (öffentliche Energieversorgung). Unternehmen und Betriebe, welche nur teilweise oder im Nebenbetrieb öffentliche Energieversorgung betreiben, gelten insoweit als Energieversorgungsunternehmen. Der Reichswirtschaftsminister entscheidet endgültig darüber, ob und inwieweit ein Unternehmen ein Energieversorgungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes ist.

Nach Paragraph 3 kann der Reichswirtschaftsminister von den Energieversorgungsunternehmen im Rahmen dieses Gesetzes jede Auskunft über ihre technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verlangen. Er kann auch bestimmte technische und wirtschaftliche Vorgänge und Tatbestände bei diesen Unternehmen mitteilungspflichtig machen.

Wie aus Paragraph 4 hervorgeht, sind die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, vor dem Bau, der Erneuerung, der Erweiterung oder der Stillegung von Energieanlagen dem Reichswirtschaftsminister Anzeige zu erstatten. Der Reichswirtschaftsminister kann innerhalb einer Frist von einem Monat Beanstandungen vorbringen. Beanstandete Vorhaben kann er innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten nach der Beanstandung untersagen, wenn Gründe des Gemeinwohls es erfordern. Der Untersagung geht ein Untersagungsverfahren voraus. Der Reichswirtschaftsminister kann die Auskunfts- und Mitteilungspflicht nach Paragraph 3 sowie die Anzeigepflicht auch auf Energieanlagen erstrecken, die zum Betrieb anderer Unternehmen als Energieversorgungsunternehmen gehören.

Wenn Unternehmen und Betriebe, die nicht Energieversorgungsunternehmen sind, die Versorgung anderer mit Energie aufnehmen, so bedürfen sie hierzu nach Paragraph 5 der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers. Vor der Errichtung oder Erweiterung einer Energieanlage zur Erzeugung von Elektrizität oder Gas, die zur Deckung des Eigenbedarfs bestimmt ist, hat der Unternehmer dem Energieversorgungsunternehmen, welches das Gebiet, in dem die Anlage errichtet werden soll, mit Energie versorgt, hierüber Mitteilung zu machen.

Paragraph 6 besagt, daß ein Energieversorgungsunternehmen, das ein bestimmtes Gebiet versorgt, verpflichtet ist, allgemeine Bedingungen und allgemeine Tarifpreise öffentlich bekannt zu geben und zu diesen Bedingungen und Tarifpreisen jedermann an sein Versorgungsnetz anzuschließen und zu versorgen (Allgemeine Anschluß- und Versorgungspflicht). Die allgemeine Anschluß- und Versorgungspflicht besteht nicht: wenn der Anschluß oder die Versorgung den Versorgungsunternehmen aus wirtschaftlichen Gründen, die auch in der Person des Anschlußnehmers liegen können, nicht zugemutet werden kann. Sie besteht auch nicht, wenn der Anschlußnehmer die Mitteilung nach Paragraph 5 unterlassen hat, es sei denn, daß die Mitteilung ohne sein Verschulden unterblieben oder seit Errichtung oder Erweiterung der Energieerzeugungsanlage ein Zeitraum von 10 Jahren verstrichen ist. Wer selbst eine Energieanlage zur Erzeugung von Elektrizität oder Gas oder eine andere gleich zu achtende Energieerzeugungsanlage betreibt, kann sich für das Grundstück, auf dem die Anlage sich befindet und für andere eigene Grundstücke, die von der Anlage aus versorgt werden können, nicht auf die allgemeine Anschluß- und Versorgungspflicht berufen. Der Reichswirtschaftsminister kann abweichende Anordnungen treffen, wenn ein wichtiges öffentliches Interesse vorliegt.

Laut Paragraph 7 kann der Reichswirtschaftsminister durch allgemeine Vorschriften und Einzelanordnungen die allgemeinen Bedingungen und allgemeinen Tarifpreise der Energieversorgungsunternehmen sowie die Energieeinkaufspreise der Energieverteiler wirtschaftlich gestalten.

Paragraph 8 besagt, daß einem Energieversorgungsunternehmen, das sich außerstande zeigt, seiner Versorgungsaufgaben und die ihm aufgrund dieses Gesetzes auferlegten Pflichten zu erfüllen, der Betrieb ganz oder teilweise untersagt werden kann. Der Reichswirtschaftsminister kann ein anderes Energieversorgungsunternehmen mit der Uebernahme der Versorgungsaufgaben beauftragen. Der Auftrag kann mit Auflagen verbunden werden. Das beauftragte Unternehmen tritt in die Rechte und Pflichten aus den Energieversorgungsverträgen ein.

In Paragraph 9 heißt es, daß der Reichswirtschaftsminister auf Antrag des mit der Uebernahme der Versorgungsaufgaben nach Paragraph 8 beauftragten Unternehmens die Zulässigkeit der Enteignung der von der Entziehung betroffenen Energieanlagen und Rechte am Grundeigentum anordnen kann. Der Antrag muß gestellt werden, wenn das Unternehmen, dem der Betrieb nach Paragraph 8 untersagt worden ist, dies verlangt. Auf das Enteignungsverfahren finden die Vorschriften des Paragraphen 11 dieses Gesetzes Anwendung mit der Maßgabe, daß eine angemessene Entschädigung gewährt wird und daß die Entschädigung in einer Beteiligung an dem Unternehmen, zugunsten dessen die Enteignung erfolgt, gewährt wird, sofern die Einweisung in die Rechte eines Unternehmens geschieht, das sich im Besitze des Reiches, der Länder oder der Gemeinden befindet, oder an dem Reich, Länder oder Gemeinden mit mehr als der Hälfte des Kapitals unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, und wenn Reich, Länder oder Gemeinden die Beteiligung beantragen, und daß schließlich der Reichswirtschaftsminister, wenn das zur Enteignung berechtigte Unternehmen das Enteignungsverfahren nicht betreibt, auf Antrag des von der Enteignung betroffenen Unternehmens anordnen kann, daß die Entscheidungen im Enteignungsverfahren von Amts wegen ergehen.

Nach Paragraph 10 bedürfen die Einfuhr von Elektrizität oder Gas auf festen Leitungswegen sowie der Abschluß von Verträgen hierüber der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers.

Soweit für Zwecke der öffentlichen Energieversorgung die Entziehung oder die Beschränkung von Grundeigentum oder Rechten am Grundeigentum im Wege der Enteignung erforderlich wird, stellt der Reichswirtschaftsminister nach Paragraph 11 des Gesetzes die Zulässigkeit der Enteignung fest. Für das Verfahren gelten die Landesgesetze. Nach Inkrafttreten eines Reichsenteignungsgesetzes gelten für das Verfahren die Vorschriften des Reichsenteignungsgesetzes.

Aus Paragraph 13 ergibt sich, daß der Reichswirtschaftsminister Vorschriften und Anordnungen über die Erhaltung vorhandener und die Errichtung zusätzlicher Energieanlagen sowie über die Abgabe von Energie erlassen kann, soweit solche zur Sicherstellung der Landesverteidigung erforderlich sind und dem Unternehmen zugemutet werden können. Werden über das wirtschaftlich Zumutbare hinaus Auflagen gemacht, so ist dem Unternehmen eine angemessene Entschädigung zu gewähren, die der Reichswirtschaftsminister festsetzt.

Der Paragraph 14 regelt die Verschwiegenheitspflicht der Personen, deren sich der Reichswirtschaftsminister zur Erfüllung seiner Obliegenheiten bedient.

Nach Paragraph 15 kann der Reichswirtschaftsminister die Unternehmen und die verantwortlichen Leiter der Unternehmen durch Erzwingungsstrafen, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, oder durch unmittelbaren Zwang zur Befolgung seiner Anordnungen oder von Anordnungen der Stellen, welchen er Befugnisse aus diesem Gesetz übertragen hat, anhalten. Mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer Paragraph 14 zuwider seine Pflicht zur Verschwiegenheit verletzt oder die Kenntnis von Geschäfts- oder Betriebsverhältnissen unbefugt verwertet. Ferner werden Geldstrafen für Verstöße gegen die Bestimmungen des Gesetzes angedroht.

Paragraph 17 betrifft die Aufhebung einer Reihe einschlägiger Vorgesetze.

Paragraph 18 bestimmt, daß wegen eines Schadens, der durch Maßnahmen entsteht, die in Durchführung dieses Gesetzes oder seiner Durchführungsvorschriften getroffen werden, eine Entschädigung nicht gewährt wird, es sei denn, daß dieses Gesetz ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

*

Börsen

Berliner Börse vom 16. Dez. Die Börse eröffnete in etwas freundlicher Haltung. Anregungen gingen aus einigen günstigen Gesellschaftsberichten hervor. Auch das Aufhören der Verkäufe am Anleihemarkt befriedigte. Die Umsätze waren jedoch überall sehr klein. Der Geldmarkt ist infolge des Mediobedarfs noch angespannt. Tägliches Geld 3.25—3,5. In Wechseln überwog das Angebot. Privatdiskont unverändert 3 Prozent

Stuttgarter Börse vom 16. Dez. Die Woche setzte sehr still, im Grundton aber nicht unfreundlich ein. Nur ganz vereinzelt erfolgten Kursveränderungen, die aber eher aus leichten Besserungen bestanden.

Märkte

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 16. Dez. Zufuhr: 47 Ochsen, 35 Bullen, 392 Kühe, 79 Färsen, 797 Kälber, 58 Schafe, 1930 Schweine, 1 Ziege. Preise: Ochsen a 43, b 42, Bullen a 43, b 42, Kühe a 42, b 38—41, c 30—37, d 23—29, Färsen a 43, b 42, Kälber a 75—78, b 70—74, c 63—69, d 54—62, Schweine a 57, b 55, c 53, d 51 RM. Marktverlauf: Großvieh: Rinder lebhaft, Bullen zugeteilt, Kälber lebhaft, Schweine zugeteilt.

Deutsche Sage in Rhön und Spessart

Von Dr. August Diehl.

Der Sagenschatz des Rhöngebirges und des Spessartwaldes bietet viel Urwüchsiges und Eigenartiges. Ueber die Rhön hat Ludwig Bechstein (1842), über den Spessart Adalbert von Herrlein (1851) das Bedeutendste gesammelt und veröffentlicht. Einige wertvolle Ergänzungen finden wir im Sagenbuch der bayerischen Lande von A. Schöppner (1853). Was in der Folge an Nachträgen und Neuerzählungen von verschiedenen Schriftstellern gebracht worden ist, hat — mit wenigen Ausnahmen — nicht dazu beigetragen, das Interesse an diesem volkskundlich so wertvollen Gegenstand zu erhöhen. Unwesentliches, anspruchsvoll herausgestellt, ermüdete den Sinn des Lesers für das Urbürtige, und einige jüngere Ausgaben ermangeln so sehr der erzählerischen Begabung, daß sie der Freude am dichterischen Gehalt mainfränkischen Sagengutes nur schaden können. Eine wissenschaftlich gründliche Zusammenfassung, Erforschung und Erläuterung des Vorhandenen, wie sie für andere Landschaften unseres Vaterlandes besteht, ist noch nicht erschienen. Hier öffnet sich dem berufenen Kenner ein dankbares Arbeitsgebiet, das mit der Erschließung der landschaftlichen Schönheiten von Rhön und Spessart für den deutschen Wanderer erfreulich Hand in Hand ginge.

Wir können im Rahmen dieser Betrachtung nur einen äußerst knappen Blick auf den Umfang und die Wesensart des einschlägigen Stoffes werfen, der, wenn wir uns auf die beiden Gebirge beschränken, etwa 200, wenn wir das Vorland und das Grabfeld hinzunehmen, ungefähr 400 verläßig aufgezeichnete Sagen umfaßt. Wie anderwärts, so treten auch in der mainfränkischen Sage die charakteristischen Unterschiede ihres Ursprungs und die typischen Formen ihrer Mischung für den Kundigen deutlich hervor.

Vom kulturgeschichtlichen Standpunkt gewertet, fesselt uns heute zunächst die mithische Sage,, worin Teile oder Reste urgermanischer Vorstellungen bewahrt worden sind. Sie sind nicht sehr zahlreich und beschränken sich auf den Wilden Jäger, Frau Holle, einige Geschichten von Wald- und Wassergeistern; insbesondere gibt es mehrere gehaltvolle und zweifellos urwüchsige Nixensagen. Von Riesen und Zwergen ist merkwürdigerweise nur vereinzelt die Rede Keltische Züge (z. B. Feen) fehlen in unserem Sagengut fast gänzlich, während sie beispielsweise im Sagenschatz der Rheinlande noch reichlich vorhanden sind. Dafür kommt der kerngermanische Wiedergängerglaube mehrfach, besonders in den Erzählungen von geisternden weißen Frauen und Jungfrauen zum Ausdruck. Durch gespensternde Mörder und andere Uebeltäter ist er seltener belegt. Auch Vampyr und Werwolf sind kaum vertreten. Um so häufiger begegnen wir den vertrauten Märchengestalten, die nichts anderes sind, als eine Umdeutung ehemaliger germanischer Gottheiten, Naturgeister und sonstiger Dämonen ins Christliche: der Hexe und dem Teufel. Einige Geschichten erinnern an den Teufel der slavischen Sage, der neben der abschreckenden auch eine humoristische Seite aufweist. Als Kuriosität muß die Sage vom fränkischen Götzen Lollus erwähnt werden, die zeitweise ernst genommen wurde, obschon er lediglich auf einer phantastischen Erfindung beruht.

Neben der mythischen interessiert uns vornehmlich die frühgeschichtliche Sage, die im ehemals bischöflichen Franken begreiflicherweise der kirchlichen Legende verschwistert ist. Bedeutsame Erzählungen dieser Gattungen ranken vor allem um die Gründungsgeschichte der Städte, Klöster und Kirchen. Poetisch gesehen, gehören die Kilianslegende und die Lebensgeschichte der Bilhildis zum Schönsten. Ueber Marienbilder, Kapellen und Kreuze im Spessart wie in der Rhön gibt es eine stattliche Reihe frommer, märchenhafter Geschichten. Andrerseits fehlt es auch nicht an abenteuerlichen Erzählungen über sündhafte Nonnen, die Gott bestraft, oder die der Teufel geholt hat.

Solche Dinge gehören freilich bereits der romantischen Sage an, die im frühen oder späten Mittelalter spielt, hauptsächlich Burgen und Schlösser zum Schauplatz, Ritter und Edelfräulein zu Helden hat und sich durch ein mehr novellistisches Gepräge von älterem Sagengut deutlich unterscheidet. Bei der großen Zahl der in Rhön und Spessart vorhandenen Burgruinen ist diese Gattung außerordentlich reich und vielseitig vertreten, vornehmlich sind die romantischen Spessartsagen von großem Reiz. Zu ihnen gehören auch die blühenden Stegreif- und Räubergeschichten, und wir wollen in solchem Zusammenhang das berühmte „Wirtshaus im Spessart" von Hauff nicht unerwähnt lassen.

Eine besondere Gruppe der Gegend, die bekanntlich im dreißigjährigen Kriege hart hergenommen wurde, bilden die zahlreichen Schwedensagen, teils blutigen, teils lustigen Gepräges. Auch seien die drolligen Schildbürgerstreiche nicht übersehen, die einen ganzen Kranz fideler Geschichten um einen stattlichen Ort der Hohen Rhön geflochten haben. Ueberhaupt ist die burleske Sage, worin sich die Tüchtigkeit und der Witz des Volkes so vortrefflich spiegeln, erstaunlich gut besetzt. Dagegen begnügt sich die geheimnisvolle, die mystische Sage mit einigen Geschichten über versunkene Dörfer, erwähnt auch die Hungerbrunnen, die das Wetter prophezeienden Berggipfel und Seespiegel. Schließlich kommen ein paar psychologisch fesselnde Doppelgängersagen vor.

Weltbild (M).

Prüfung für Motorräder

Bei einer Geländefahrt bei Horsham (Südengland) mußte eine 30 Kilometer lange, völlig aufgeweichte Strecke in einer Stunde 15 Minuten durchfahren werden. Auf unserem Bild läßt sich ein Rennfahrer einen aufgeweichten Hügel hinaufziehen.

Das Wetter

für Mittwoch

Bei westlichen Winden meist bewölkt, einzelne Regen- und Schneefälle, Temperaturen in tieferen Lagen wenig über Null Grad.

Todes-Anzeige.

Nach einem langen und gesegneten Leben durfte im 90. Lebensjahr unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Kirchenrat Georg Meyer

früherer Pfarrer und Dekan in Durlach

in großem Frieden heimgehen.

FREUDENSTADT, 14. Dezember 1935.

Otto Meyer, Pfarrer in Niedereggenen
Tina Honeker geb. Meyer in Freudenstadt
Magdalena Meyer geb. Koehne
Vet. Rat Dr. August Honeker
nebst Angehörigen.

Auf ausdrücklichen Wunsch des Entschlafenen fand heute die Beerdigung hier in der Stille statt.

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 12. Dezember 1935 die Firma Karl Kayser in Durlach. Karl Kayser, Kaufmann, Luise und Karoline Kayser, sämtliche in Durlach, haben als Erben das bisher unter der nicht eingetragenen Firma Karl Kayser betriebene Geschäft von dem bisherigen am 20. Januar 1935 verstorbenen Inhaber Karl Kayser in Durlach im Wege der Erbfolge erworben. Die genannten 3 Erben führen die Firma in ungeteilter Erbengemeinschaft weiter. Die drei Erben sind jeweils einzeln zur Vertretung berechtigt. Amtsgericht.

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 14. Dezember 1935 zu Firma Papierverarbeitungswerk, Buchdruckerei August Brändle, Papiersackfabrik in Weingarten i./B.: Die Firma ist erloschen. Amtsgericht.

Winter-Hilfswerk des deutschen Volkes 1935/36

Spendenausgabe.

Aus Anlaß des bevorstehenden Weihnachtsfestes gelangt eine Sonderspende zur Ausgabe. Die Gutscheine hierfür werden im **Rathaussaal** wie folgt ausgegeben:

Mittwoch, 18. Dezember, vorm. 8—12 Uhr, an die Bedürftigen der Gruppen A, B und C.
Mittwoch, 18. Dezember, nachm. 2—6 Uhr, an die Bedürftigen der Gruppe D.
Donnerstag, 19. Dezember, vorm. 8—12 Uhr, an die Bedürftigen der Gruppen E und F.

Die Ausweiskarte ist mitzubringen.

Durlach, den 14. Dezember 1935.

Der Ogru.-Beauftragte für das WHW: Balschbach.

Pianos u. Flügel bei **Scheller**
Klavierhandlung
Karlsruhe, Kaiserstraße 36
Haltestelle Kronenstraße

Schülergeige zu verkaufen
Zu erfragen im Verlag

Waschbecken
sowie alle
Toilettengegenstände
Wilh. Herrmann
Adolf Hitlerstr. 76 Telef. 597

Gebildete Dame, 34 Jahre alt, hier fremd, sucht **Vertrauensstellung** zur Führung frauenlosen Haushalts. Ia Zeugnisse u Referenzen z Verfüg. Gehaltsangebote unt Nr 737 an den Verl

EISU Stahl-Holz-**Betten** Schlafzim., Kinderbett. Stahlf.-u. Auflegematr. an all. Teilz. Kat. fr., Eisenmöbelfab. Suhl, Th.

Schwarzer Anzug
schlanke Fig., mittl Größe, billig zu verkaufen
August Weiler, Waldstr 11

Abonnenten kauft bei unseren Inserenten!

Fesche Blusen
das bevorzugte Geschenk und dabei so preiswert

Mattkrepp-Blusen lange Ärmel
14.50 12.50 9.75 6.90 **4.90**
Crepe-Satin-Blusen einfarbig
18.50 14.75 12.50 8.90 **6.90**
Bunte Crepe-Satin-Blusen
25.— 19.50 12.75 9.75 **7.75**
Wollblusen einfarbig
14.75 11.90 8.50 6.90 **5.90**
Skiblusen
7.90 5.50 4.90 **3.90**

Kostümröcke

Gemusterte Röcke
11.50 9.50 7.50 5.50 **3.90**
Einfarbige Velour- u. Bouclé-Röcke
18.50 12.50 9.75 7.90 **5.50**
Maroc-, Crepe-Satin- und Reversible-Röcke je nach Art
18.50 15.75 12.75 10.75 **8.90**
Hosenröcke
21.— 15.75 14.50 11.50 **9.75**

Carl Schöpf
Karlsruhe

BDM- u. J.M.-Röcke u. Blusen
Verkauf nur gegen Ausweis

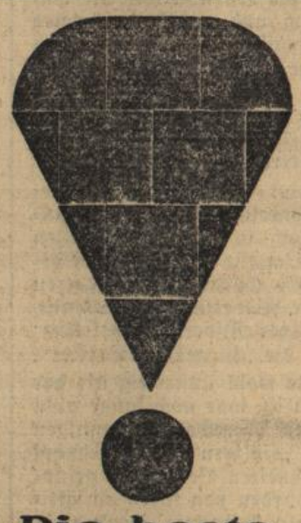
Wäschetruhen
neu eingetroffen, **große Auswahl**
Kaufhaus G. Wasserkampf, Tel. 490

Heute Dienstag
Schlachttag
im Schweizerhaus

1 Zimmer mit Küche
gesucht. Angebote unter Nr. 736 an den Verlag

Kanarien
Tag- und Licht-Sänger
billig zu verkaufen.
Adolf Hitlerstraße 77, II. St

Badisches Staatstheater
Dienstag, 17. Dezbr. 1935
G 11. Th.-Gem 401—500
Hänsel u. Gretel
Märchenoper von Humperdinck
Dirigent: Köhler Regie: Putensen
Mitwirkende: Baumann, Blank, Dillengaß, Hofer, Krüger, Kiefer, Nillius
Hierauf
Die Puppenfee
Ballett von Bayer
Choreographie: Kratina
Dirigent: Kurtzsch Mitwirkende Das gesamte Ballett
Anfang 19.30 Uhr Ende 22.30 Uhr
Preise D (0.90—5.00 ℳ)



Die beste Reklame
ist und bleibt ein
Inserat
im
„Durlacher Tageblatt"

Mittelholzers
Abessinien-Flug

Der einzigartige Tonfilmbericht aus dem Lande, das heute im Mittelpunkt d. Weltinteresses steht.

Aus dem Inhalt: Der Negus u. sein Hof. Abessinisches Militär. Volks- u. Hochzeitsbräuche. Gerichtswesen. Grandiose Flugaufnahmen, die die geograph. Lage des Landes und damit die Härte des Kampfes aufzeig.

Die Presse schreibt:
Wirklich interessante Aufnahmen von Abessinien, so wie es ist, ohne verschönernden Mantel u. ohne Schleier. (Lichtbildbühne)
Ein lebendiges Buch in einer beredten Sprache geschrieben. (Berliner Volkszeitung)
Ein Film von bizarrer, arabesker Herrlichkeit. Man ist entzückt! (B. Z. am Mittag)
Da sind vor allem die völkerkundlich, einzigartigen Aufnahmen, die er **mit Unterstützung des Kaisers von Abessinien** machen konnte. (8-Uhr-Abendblatt)

Nur 3 Tage

Sichern Sie sich Karten im Vorverkauf!

Mittwoch 1/4 4 Uhr
Familien- u. Kindervorstell.
SKALA-Theater

Alles zum Schenken

Damenstrümpfe
Wolle mit Seide 2.60 **1.95**
Damenhandschuhe
Wolle gestr.
mit schöner Stulpe
2.50 2.25 **1.95**
Bettjäckchen
Handarbeit **5.75**
Unterkleid Charmeuse
6.50 4.50 3.50 **2.25**
Trägerschürzen
2.25 1.95 1.75 **1.50**
Wickelschürzen
mit u. ohne Arm
in allen Preislagen
von **2.95** an

Und für's Kind

Kinder-Ueberziehjäcken
mit Mütze 3.75 2.50 **1.90**
Kindergarnituren
Schal mit Mütze
reine Wolle **2.75**

Etwas ganz besonders schönes sind unsere
Lammfell-Mäntelchen
in weiß, blau, rosa und kamelhaarfarbig
Gr. 40 **5.95**

Schmeiser
am Schloßplatz.